

---

## **Für ein solidarisches und prosperierendes Europa**

Mit dem Amtsantritt von Präsident François Hollande darf Europa endlich wieder hoffen. Unter dem Spar-Diktat Berlins wurden in den vergangenen Monaten die Mitgliedstaaten trotz Massenarbeitslosigkeit und Rezession zu einer unverantwortlichen Austeritätspolitik gezwungen. Die Folgen dieser neoliberalen Politik allein im Dienste der Finanzmärkte waren für die breite Bevölkerung insbesondere in den südlichen Mitgliedstaaten katastrophal. Gelitten hat unter dieser Politik, die der EU vom deutsch-französischen Führungsduo Merkel-Sarkozy aufgezwungen worden ist, auch die Reputation Europas, weil für viele Bürgerinnen und Bürger Europa nicht mehr als ein Instrument zur Krisenbewältigung, sondern als Teil des Problems gesehen wurde. Das ist verständlich.

Das neu sozialistisch geführte Frankreich fordert nun einen radikalen Kurswechsel: Weg von einer dogmatischen Spar-Logik, hin zu einer nachhaltigen Wachstumsvision im Interesse aller statt nur einiger weniger Finanzmarktakteure.

Die SP Schweiz begrüsst diesen lange überfälligen Paradigmenwechsel, wie er seit längerem von der europäischen Sozialdemokratie verlangt und Anfang Juni mit dem „Pakt für Wachstum und Arbeit in Europa“ nochmals bekräftigt worden ist. Darin wird erneut klar postuliert, dass der Kontinent mit Budgetdisziplin allein nie aus der aktuellen Krise herausfinden wird, weil ohne staatliche Impulse keine Rückkehr auf einen nachhaltigen und sozialverträglichen Wachstumskurs möglich sein wird. Mit Sparvorgaben und Schuldenbremsen wird jegliche Hoffnung auf mehr Arbeit und mehr Wohlstand in den Mitgliedstaaten abgewürgt.

Im Zentrum stehen die folgenden Forderungen:

- Es geht nicht an, dass in Europa ein Viertel aller Jugendlichen ohne Arbeit sind. Das ist Gift für die soziale Kohäsion und bedroht das europäische Einigungsprojekt. Alle Jugendlichen sollen ein Anrecht erhalten, bis spätestens vier Monate nach Schulende oder Beginn der Arbeitslosigkeit eine neue Arbeit oder eine Weiterbildung starten zu können. Europaweit müssen genügend hohe Mindestlöhne für alle Arbeitnehmenden ein Leben in Würde ermöglichen.
- Es braucht neben der Währungsunion auch eine Sozialunion: Die fundamentalen Sozialrechte, die das europäische Sozialmodell verkörpern, dürfen den Regeln des Binnenmarktes nicht untergeordnet werden. Die Mitbestimmung muss europaweit ausgebaut und die Position der ArbeiterInnen und Angestellten gegenüber den ArbeitgeberInnen und AktionärInnen gestärkt werden.
- Bildung ist ein Schlüsselement gegen die Arbeitslosigkeit. Eine fundierte Ausbildung und permanente Weiterbildung wird für die Arbeitnehmenden immer wichtiger werden. Die Staaten und die Wirtschaft müssen diese Investition in die Zukunft tragen und das nötige bildungsfreundliche Umfeld und den Zugang für alle sicherstellen.
- Der schleichenden Desindustrialisierung muss mit einer Cleantech-Strategie entgegen getreten werden. Investitionen in die effizientere Nutzung von Energie, Mobilität, Infrastruktur und Kommunikation versprechen einerseits Hunderttausende neuer Stellen und andererseits garantieren sie den ökologischen Umbau hin zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft und Gesellschaft.
- Grundlage einer Wachstumsstrategie muss vorab die Bekämpfung der Finanz- und Bankenkrise mit einer effektiven Regulierung und Aufsicht aller Finanzmarktakteure und ihrer Instrumente sein. Mit einer europäischen Finanztransaktionssteuer, die gegen 200 Milliarden Euro jährlich generieren kann, müssen die Lasten der Krisenbewältigung fair verteilt und die nötigen Mittel für den Wachstumspakt generiert werden. Dazu gehört ferner eine konsequente Bekämpfung des

Steuerbetrugs, aber auch der sogenannten Steueroptimierung insbesondere durch Unternehmungen, die die europäischen Staaten – auch durch die Hilfe des Schweizer Finanzplatzes und der schweizerischen Gesetzgebung – jährlich Milliarden kosten.

- Die EU hat in den zwei Jahren weitreichende Beschlüsse gefällt, die auf eine bessere Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten und eine umfangreichere Überwachung der einzelstaatlichen wirtschaftspolitischen Massnahmen abzielen. Die EU fordert damit nicht weniger als das Recht, in die parlamentarische Budgethoheit der Mitgliedstaaten einzugreifen. Die Forderung nach „mehr Europa“ in der Fiskal- und Wirtschaftspolitik ist aus ökonomischer Sicht absolut berechtigt. Allerdings verschärft dieser Vorgang gleichzeitig das Demokratie- und Zentralismus-Problem in der EU erneut massiv. Ohne gleichzeitige Weiterentwicklung der Demokratie in Richtung eines föderalistischen und demokratisch verfassten Bundesstaates droht das ganze Projekt der Währungs-, Sozial- und Fiskal-Union an der ungenügenden demokratischen Legitimation zu scheitern.

Wir, Delegierten der SP Schweiz, unterstützen diesen Pakt der SozialistInnen und SozialdemokratInnen in der EU, im gemeinsamen Interesse eines sozialen, solidarischen, prosperierenden und friedlichen Europa.